

Pressemitteilung

14. Oktober 2012

Emnid-Umfrage zur Energiewende

Stromkosten werden die Bundestagswahl 2013 mitentscheiden

Berlin – Eine große Mehrheit wird ihrer Wahlentscheidung im kommenden Jahr mit den stetig steigenden Strompreisen verknüpfen. Die Sorge um die Bezahlbarkeit des Stroms spielt für 79 Prozent der Deutschen – neben der Eurostabilität und der Begrenzung der Staatsschulden – eine ausschlaggebende Rolle bei der Bundestagswahl 2013. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage von TNS Emnid im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**.

„Die Kosten für die Energiewende übersteigen alle anfänglichen Berechnungen maßlos, und gefährden damit das Gelingen der Energiewende“, kommentiert **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM, „deswegen ist es dringend Zeit für einen Systemwechsel: Weg vom **EEG** hin zum **WEE**.“ Das **WEE**, kurz für **Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien**, entspricht im Kern dem von Monopolkommission, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und acatech (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften) empfohlenen Quotenmodell. Die Energieversorger sollen verpflichtet werden, einen bestimmten Anteil ihres an die Endverbraucher gelieferten Stroms aus erneuerbaren Quellen zu speisen.

Acht von zehn Bundesbürgern erwarten weiterhin stark ansteigende Energiekosten. Aber die Bereitschaft für Strom noch mehr bezahlen zu müssen ist äußerst gering. 29 Prozent wollen gar keine zusätzlichen Belastungen hinnehmen, 38 Prozent sind bereit höchstens 50 Euro pro Haushalt und Jahr zusätzlich zu zahlen. Mit der für 2013 erwarteten Höhe der EEG-Umlage verteuert sich der Strom für einen Durchschnittshaushalt (3500 kWh pro Jahr) um 59 Euro. **Der für 2/3 der Bevölkerung akzeptable Kostenspielraum wird somit deutlich überschritten.**

„Bundesumweltminister Peter Altmaier hat völlig richtig erkannt, dass der Kostenanstieg begrenzt werden muss. Durch die Ablösung des EEGs durch das von der INSM vorgeschlagene **Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien**, könnten in den kommenden sieben Jahren bis zu 52 Milliarden Euro eingespart werden“, so **Pellengahr**. „Der Wettbewerb zwischen den erneuerbaren Energiequellen würde nicht nur alle Stromkunden entlasten, wir könnten die Energiewende auch zeitlich besser steuern und an den Netzausbau anpassen“, so **Pellengahr** weiter.

Die vollständigen Ergebnisse der Umfrage und die Studie des Rheinisch Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) zum WEE finden Sie unter www.insm.de/eegstoppen

Pressekontakt

Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174, hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.